



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 116. Ratssitzung vom 13. November 2024

3939. 2023/575

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 06.12.2023: Ausschliessliches Angebot von oberirdischen Unterkünften für Asylsuchende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Patrik Maillard (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2608/2023): Wir haben dieses Postulat ausgehend von der Ankündigung des Staatssekretariats für Migration (SEM), dass an der Turnerstrasse im Kreis 6 geflüchtete Menschen untergebracht werden sollen, eingereicht. Wir vertreten die Meinung, dass Menschen, die nach einer langen und gefährlichen Flucht vor Krieg, Terror, Elend und Tod in der Schweiz ankommen, nicht in unterirdischen Bunkern einquartiert werden sollen. Wir in der Schweiz können uns gar nicht vorstellen, wie schwierig es ist, seine Heimat verlassen zu müssen, sei es wegen Bürgerkriegen, Terrorherrschaft oder Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Angehörigkeit einer religiösen oder ethnischen Minderheit. Es ist klar, dass eine oberirdische Unterbringung die bessere, menschlichere Lösung ist, gerade für Menschen, die so vieles durchmachen mussten. Die Stadt muss schnellstmöglich dafür sorgen, dass Geflüchtete nur noch oberirdisch untergebracht werden. Bis vor einem Jahr haben der Bund und die Kantone eine Unterbringung in Zivilschutzanlagen als Notlösung aufgrund von Platzmangel bezeichnet. Seit der Ständerat die Containerlösung des Bundesrats abgelehnt hat, ist diese Notlösung zum Normalfall geworden. Die Stadt Zürich hat sich seit dem Skandal um die unbegleiteten Minderjährigen im Zentrum Lilienberg Mindeststandards gesetzt, die höher sind als vom Gesetz vorgeschrieben. Die AL fordert nun entsprechende Mindeststandards für Asylunterkünfte. Dazu gehört Tageslicht. Die verbindliche Aufnahmequote von 1,6 Prozent kann Zürich auch ohne das Verwenden von Zivilschutzanlagen als Unterkünfte erfüllen, indem nach unkonventionellen Lösungen Ausschau gehalten wird. Mit seiner Schulraumoffensive hat der Stadtrat bewiesen, dass kreative Ansätze erfolgreich sein können, zum Beispiel das Umwandeln von leer stehenden Büroliegenschaften zu Schulprovisorien. Es ist Zeit für eine Raumoffensive für die menschenwürdige Unterbringung geflüchteter Menschen.*

***Karin Stepinski (Die Mitte)** begründet den von Karin Weyermann (Die Mitte) namens der Die Mitte/EVP-Fraktion am 10. Januar 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Schweizweit gibt es schlicht zu wenig Plätze in Asylunterkünften. Aus Sicht der Die Mitte/EVP-*



*Fraktion ist es unabdingbar, dass die Stadt Zürich im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit ihren Auftrag wahrnimmt und Menschen unterbringt. Niemand in diesem Saal wünscht es sich, dass Asylbewerber*innen in Zivilschutzanlagen untergebracht werden. Die Vorstellung, dass Menschen, die gerade vor Krieg geflüchtet sind, in Bunkern wohnen müssen, behagt mir überhaupt nicht und meiner Fraktion sowie STR Raphael Golta ebenso wenig. Er sagte auch, dass die Stadtverwaltung andere Lösungen prüft. Zivilschutzanlagen sind eine Notlösung. Bevor Menschen auf der Strasse schlafen müssen, werden sie in Zivilschutzanlagen untergebracht. Asylsuchende halten sich dort praktisch ausschliesslich zum Schlafen auf, denn in der Zeit nach ihrer Ankunft müssen sie zahlreiche Termine wahrnehmen und sind konstant unterwegs. In der Regel ist es zudem so, dass sie nach spätestens sechs Wochen in eine andere Unterkunft ziehen können. Das Postulat ist gut gemeint, würde aber wenig bringen; darum lehnen wir es ab. Die Stadtverwaltung hat bereits dargelegt, dass Zivilschutzanlagen nur im Notfall genutzt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): *Wie an anderen Orten in der Schweiz werden auch in Zürich Asylbewerber in unterirdische Unterkünfte platziert. Das ist ein Zustand, den wir niemandem wünschen: Es ist eng, dreckig und dunkel. In den letzten Jahren sind die Zahlen der Asylgesuche extrem gestiegen. Der Kanton hat die Aufnahmequote im Juni 2023 von 0,9 auf 1,3 erhöht, ein Jahr später auf 1,6. Das heisst, es gibt 16 Asylbewerber pro 1000 Einwohner. Das bedingt mehr Unterkünfte. Im Juli standen 5600 Plätze zur Verfügung, nötig gewesen wären 6900 Plätze. Weil die Flüchtlingszahlen stark schwanken, ist es schwer zu planen. Wir verstehen die schwierige Situation des Stadtrats, gerade in Anbetracht des angespannten Wohnungsmarkts, aber auch das Anliegen der Postulanten. Es gibt in der momentanen Notlage einfach keine Alternative zu unterirdischen Asylunterkünften. Weil wir aber nicht wollen, dass die Menschen zu lange dort wohnen müssen, haben wir eine Textergänzung am Schluss formuliert: «Unterirdische Asylunterkünfte sollten nur als zeitlich begrenzte Notmassnahme und als letztes Mittel dienen.»*

Patrik Brunner (FDP): *Der Vorstoss dient nur dem guten Gewissen der Postulanten. Niemand will, dass Asylbewerber in Zivilschutzanlagen wohnen müssen. In einer Krise, wenn der Platz knapp wird, müssen wir aber jede Möglichkeit ausschöpfen. Natürlich wäre es schön, wenn die Strukturen besser funktionieren würden, aber das Problem ist akut. Zivilschutzanlagen sind besser als die Strasse. Der Vorstoss kann nicht umgesetzt werden. Wir lehnen ihn ab, mit und ohne Textänderung.*

Ruedi Schneider (SP): *Selbstverständlich unterstützt die SP die Forderung, dass Asylsuchende oberirdisch unterbracht und mögliche Alternativen wie Container oder Zwischennutzungen geprüft werden. Ich erinnere daran, dass auf nationaler Ebene eine Containerlösung, die Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider ausgearbeitet hat, von einer bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Diese Lösung hätte einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der oberirdischen Unterbringung leisten können, gerade in Städten*



mit einem Mangel an Wohnraum. Als Zivilschützer habe ich zahlreiche Zivilschutzanlagen von innen gesehen. Diese sind alles andere als optimal für die Unterbringung von Menschen, die vor Krieg und Folter geflohen sind. Wir wissen aber auch, dass die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten eine grosse Herausforderung ist. Beim Errichten einer Kontakt- und Anlaufstelle war es ähnlich schwierig, aber mit der Zwischennutzung auf dem Kasernenareal wurde eine kreative Lösung gefunden. Wir schätzen die Bereitschaft des Stadtrats, das Postulat entgegenzunehmen, und anerkennen, dass das Sozialdepartement viel unternimmt, um Asylsuchenden oberirdisches Wohnen zu ermöglichen.

Samuel Balsiger (SVP): *Schon wieder sprechen wir über die Einwanderung. Jeden Mittwoch wird das Platzproblem in Zürich moniert, sei es beim Wohnen, im Verkehr oder auf der Autobahn. Trotzdem merkt ihr alle nicht, dass ihr damit der SVP recht gebt. Wir haben keinen Platz, weil zu viele Leute ins Land kommen. Ausserdem haben viele dieser Menschen kein Recht auf Asyl in der Schweiz, weil sie über einen sicheren Drittstaat einreisen. Wenn wir uns auf den Rechtsstaat berufen und das Dublin-Abkommen durchsetzen würden, müssten wir all diese Leute nach Deutschland oder Italien zurückweisen. Das betrifft vermutlich 95 Prozent der Menschen, die hier Asyl beantragen. Dazu kommt, dass viele gar nicht aus echten Kriegsgebieten kommen. In Eritrea etwa herrscht kein Krieg im eigentlichen Sinn. Der Staat bietet zu anderen afrikanischen Staaten eine relativ hohe Sicherheit. Trotzdem haben SP-Asylrichter entschieden, dass eine Verweigerung des dortigen Zivildienstes als Asylgrund zählt. In der Schweiz leben schon 30 000 Eritreer, von denen etwa 90 Prozent Sozialhilfe beziehen – obwohl sie hier kein Aufenthaltsrecht hätten. Es kann so nicht weitergehen. Wir dürfen uns und unsere humanitäre Tradition nicht weiter ausnutzen lassen. Zum Glück hat die SVP eine Initiative angekündigt, die das Asylwesen radikal verändern und das gescheiterte System abschaffen wird.*

Anne-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Eine menschenwürdige Unterbringung für geflüchtete Menschen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Genügend Privatsphäre und Tageslicht sind wichtig und in unterirdischen Unterbringungen wie Zivilschutzanlagen nicht oder nur ungenügend vorhanden. Alle Menschen, insbesondere vulnerable Personen, die unter anderem vor Krieg, Gewalt und Folter geflüchtet sind, sollten in der Stadt Zürich adäquat betreut und untergebracht werden. Nach dem Votum von Samuel Balsiger (SVP) möchte ich ausserdem betonen: Menschenrechte muss man sich nicht verdienen. Sie stehen allen Menschen zu, egal woher sie kommen und wieso sie geflüchtet sind. Es ist krass, dass das betont werden muss. Es ist uns bewusst, dass es nicht einfach ist, genügend Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Der Vorschlag des Postulats, verstärkt nach oberirdischen Unterkünften zu suchen, finde ich sinnvoll und unterstützenswert. Die Grünen unterstützen das Postulat selbstverständlich.*

Michele Romagnolo (SVP): *Jeder, der vor Krieg flüchtet, muss froh sein, dass für ihn geschaut wird und er ohne Angst bei uns bleiben darf. Bei einem echten Flüchtling sollte es keine Rolle spielen, wie er untergebracht ist. Ihr vergesst, dass auch unsere Leute im Kriegsfall in unterirdischen Anlagen einquartiert wurden. Da hat sich niemand beklagt. Im Gegenteil, man war froh darüber, dass man diese Zeit in einer geschützten Umgebung*



verbringen durfte. Meines Wissens ist davon noch niemand gestorben. Ihr verlangt, dass man die Privatsphäre von jedem Asylsuchenden berücksichtigen sollte. Wie soll das gehen? Wollen wir sie in Fünfsterntouristenhotels unterbringen? Ihr klagt, dass es zu wenig Platz in Zürich hat, aber nun sollen wir irgendwo Gewerberäume für Flüchtlinge herkriegern. Das geht alles nicht auf. Nehmt sie doch zu euch nach Hause. Wir lehnen den Vorstoss ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Für den Stadtrat ist schon lange klar, dass wir alles unternehmen müssen, damit keine Menschen unterirdisch untergebracht werden müssen. In letzter Zeit ist es uns auch gelungen. Die angesprochenen Zivilschutzanlagen befinden sich in Witikon und an der Turnerstrasse. Wir vermieten sie an den Bund und die Kantone. Wir sind bereit, das Postulat umzusetzen. Einige Punkte muss ich aber ansprechen. Es wurde dazu aufgefordert, kreative und unkonventionelle Lösungen zu finden. In den letzten zweieinhalb Jahren war in diesem Bereich sehr viel los. Meine Mitarbeitenden und ich haben alles getan, um menschenwürdige Lösungen zu finden. Selbstverständlich haben wir im grossen Stil Büroräumlichkeiten umgenutzt und auch andere Liegenschaften bewohnbar gemacht. Ich hoffe, es ist allen bewusst, wie viel Mühe wir uns dabei gegeben haben. Wie gut es funktioniert, hängt nun einmal auch davon ab, wie viele Geflüchtete nach Zürich kommen. Die kantonale und nationale Politik macht es uns nicht einfach, zum Beispiel durch das Erschweren einfacher Lösungen wie die mit den Containern. Auch was die schnelle Ausgabenbewilligung betrifft, harzt es seitens des Kantons. Wir sind aber im ständigen Austausch mit diesen Playern und tun unser Bestes. Wenn wir das Bundesasylzentrum nicht gebaut hätten, müssten in der Stadt wohl drei weitere Zivilschutzanlagen zum Einsatz kommen, um alle Personen unterzubringen. Und zuletzt: Eine Grosszahl der Parteien in diesem Parlament hat Initiativen eingereicht, die etwas mit Alterswohnungen oder der Unterbringung älterer Menschen zu tun hat. Ich warte noch auf eine Volksinitiative, die zusätzliche Wohnungen für geflüchtete Menschen fordert. Manchmal ist es die politische Realität, die eine Situation mitzuverantworten hat.*

Patrik Maillard (AL): *Wir freuen uns, dass die GLP die Stossrichtung des Vorstosses teilt. Uns ist wichtig, dass dieser als Prüfauftrag überwiesen wird. Da der Stadtrat gesagt hat, dass er diesen annehmen wird, lehnen wir die Einschränkungen der GLP ab.*

Das Postulat wird mit 60 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat